

Grundfählichen Auffassungen in den Parteien, auf denen nun einmal das parlamentarische Gebäude ruht, möglichst geklärt zu wissen. Für die allgemeine Staatspolitik kann daher die reinliche Scheidung der Elemente, die sich zur Mitarbeit am Staat für das Volk bekennen, von denen, die auf blinde Opposition, Unfrieden und Chaos ihre Hoffnungen setzen, nur erwünscht sein. Nur auf diesem Wege kann die Festigung und Befundung unseres Staatswesens allmählich erreicht werden.

So wie die Dinge liegen, berechtigen sie also zu der Hoffnung, daß der Kurs enger, sachlicher Aufzuarbeit, der die sächsische Politik der letzten zwei Jahre vorteilhaft kennzeichnet, und der weitere Ideale und wirtschaftliche Schöpfung des Landes hinfangehalten hat, für eine längere Zukunft gesichert erscheint! Daran ändert auch der linkssozialistische Abgeordnete Niebmann nichts, der den 23 nur jubiliert, sich als „Partei der Ausschlossenen“ zu bezeichnen. Auf den Titel kommt es in diesen Fällen allerdings zu allererst an. Und wenn die Herren um Arzt und Niebmann mit der billigen Phrase vom „Disziplinbruch“ keine Geschäfte mehr machen, sondern auf den Kampf ihrer Ideen angewiesen sein werden, dann wird es sich ja zeigen, wie lange sie den Weitauf mit den Kollegen von der Moskauer Fakultät auszuhalten vermögen. Das Band ist jedenfalls zerrissen. Bisher hatte nur die radikale Minderheit das Wort. In Zukunft werden die Massen zu entscheiden haben, wie sie grundsätzlich zum Staat stehen. M. D.

Der deutsch-russische Vertrag

London, 16. April

Die bevorstehende Beendigung der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen löst in England wachsendes Mißbehagen aus, obwohl die amtlichen Stellen sich die allergrößte Zurückhaltung auferlegen und keinerlei Stellungnahme zum Ausdruck bringen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt eine widerspruchsvolle Betrachtung, deren Tendenz der deutsch-russischen Annäherung durchaus feindlich ist. Er beginnt seine Ausführungen, indem er zunächst die Meinung ausspricht, daß Dr. Stresemann möglicherweise mit den Verhandlungen mit Moskau nichts zu tun habe, sie sogar möglicherweise nicht gern sehe, da der Vertragsabschluss gerade während seiner Abwesenheit zu verzeichnen gewesen sei. Er deutet an, daß internationale Einflüsse in der Wilhelmstraße Ursache dieser neuen Wendung der deutschen Außenpolitik seien.

Die Haltung Frankreichs, fährt der Korrespondent weiter fort, sei nicht so gleichmäßig und heiter, wie die der britischen diplomatie. Weder Kusten Chamberlain, noch die Regierung beachteten, in die ganze Frage einzugreifen, weil die gegenwärtig feststehenden Tatsachen keinerlei Berechtigung zu einem solchen Vorgehen gäben. Locarno war ein Gentleman-Abkommen. Die Haltung der Berliner Regierung sei ferner nicht nur durchaus korrekt, sondern peinlich loyal gewesen, was sich auch anlässlich der Genfer Entscheidung gezeigt habe. Unter diesen Umständen könnten die Signatarmächte von Locarno die Aufrichtigkeit Deutschlands nicht in Frage stellen, wenn Deutschland die Versicherung abgäbe, daß es keine Abkommen unterzeichnen würde, die diesem Gentleman-Abkommen widersprechen.

Der Korrespondent bezeichnet dann aber die Neutralitätsklausel als recht schwieriges Problem und schließt damit, daß eine deutsch-russische Annäherung unter allen Umständen ein unangenehmes Symptom sei, und zwar deswegen, weil die Mentalität und die Absichten Sowjetrusslands eine Verbindung mit Moskau stets von zweifelhaftem Wert erscheinen ließen. Der russisch-sächsische Vertrag sei ein Beweis, wie derochtigt diese Anschauung sei. Er sei lediglich ein Vorläufer, der namentlich allenhalben von Tschitscherin angebotenen Faktoreverträge.

Die „Times“ findet ähnliche Töne. Der Berliner Korrespondent kommentiert die Reaktionen der deutschen Presse anlässlich der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen und meint, es sei nicht ganz klar, warum der Strom von Dementis losgelassen worden sei, denn er habe niemanden überzeugt und schließlich nur das dementiert, was niemals behauptet worden sei. Das Ergebnis sei nur eine Bestätigung der geduzerten Vermutungen.

London, 16. April. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph bemerkt zu der Antwortnote der deutschen Regierung auf die Einladung zur Studienkommission des Völkerbundes, daß sich eine neue Note notwendig mache, weil diese die Annahme der Beschlüsse der Kommission durch Deutschland von Bedingungen abhängig mache. Deutschlands Stellung zu seinem Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund erhalte dadurch einen problematischen Charakter. Es sei nicht mehr sicher, daß Deutschland die Aufnahme beantrage.

Die Bergarbeiter bei Baldwin

London, 16. April. Ministerpräsident Baldwin empfing gestern im Beisein des Arbeitsministers und des Staatssekretärs für den Bergbau die Vertreter der Bergarbeiter und besprach mit ihnen die Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der Grubenbesitzer zur Lohnreduzierung ergeben haben. Baldwin ersuchte die Bergarbeiter, sich zu weiteren Besprechungen Anfang nächster Woche bereitzubehalten. Am Nachmittag erstatteten die Bergarbeiter im Industrielauschuß des Gewerkschaftskongresses über ihre Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten eingehenden Bericht. Die Vorsitzenden der Bergarbeitervereine Cook und Smith sind am Donnerstag zu den Verhandlungen der Internationalen Bergarbeitervereine nach Brüssel abgereist. Das Kabinett trat noch am Donnerstagabend zu einer Besprechung der Lage zusammen. In politischen Kreisen rechnet man mit einem Erfolg der Regierungsintervention.

Infolge der Intervention des Premierministers sind die Morgenblätter etwas optimistischer geworden. Die Ausichten der englischen Bergarbeiter auf eine Unterstützung durch die Gewerkschaften auf dem Kontinent werden recht optimistisch beurteilt. Außer dem Delegierten der Tschechoslowakei hat sich keine einzige Vertretung der Gewerkschaften auf dem Kontinent für eine Unterstützung eines etwaigen Streikes der englischen Grubenarbeiter ausgesprochen. Der Erzbischof von Canterbury hat Gottesdienste angeordnet, in denen um Vermeidung des Streikes gebeten werden soll.

Die Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie

Feierliche Erklärungen im Landtag — Landtag und Schulfragen

Dresden, 16. April

Der Landtag nahm gestern seine Sitzungen nach den Osterferien wieder auf. Es herrschte schwüle Stimmung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Präsident Winkler eine ihm zugegangene Erklärung der Linkssozialisten, unterzeichnet vom Abgeordneten Arzt, in der die 18 Abgeordneten, unter denen sich auch Hellisch befindet, geforderte Fraktionszimmer und eine neue Sitzordnung im Landtage verlangen. Der Präsident erklärte, daß diesen Wünschen entsprochen werden solle.

Darauf gab Abg. Wirth im Namen der „alten Sozialdemokratischen Fraktion“, der 23 Mitglieder angehören, folgende Erklärung ab:

„Die Führung der sächsischen Sozialdemokratie, ihre politische Einstellung und organisatorischen Maßnahmen der letzten Jahre legen jedem Sozialdemokraten, der in der Partei etwas anderes als eine Befriedigung persönlicher egoistischer Bestrebungen erblickt, immer zwingender die Frage auf, ob das Interesse der von der Sozialdemokratie Sachsens vertretenen Schichten bei dieser Führung und politischen Einstellung noch gewahrt wird. Die Unterzeichner dieser Erklärung, sowie die hinter ihnen stehenden Kreise müssen diese Fragen nach reiflicher Überlegung entschieden verneinen.“

Während vor dem Kriege es in der Sozialdemokratie als ein unumstößlicher Grundsatz galt, daß nur gereifte, in jahrzehntelanger Parteiarbeit erprobte und erprobene Charaktere Parteiführer sein konnten, befindet sich heute die sächsische Parteiführung in ihrer überwiegenden Mehrheit in Händen von Personen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. (Heiterkeit.)

Die Aufgabe der Sozialdemokratie im allgemeinen und in der Republik im besonderen ist begreifend, die Voraussetzungen für jede Politik, die ökonomischen Verhältnisse außer acht lassend, dagegen einzig und allein von einem Machtwort beherrscht und geleitet, der zu den realen Faktoren des Landes in seinem Verhältnis steht, hat die gegenwärtige sächsische Parteiführung auf politischem Gebiete Torheit an Torheit gereicht und immer wieder nur den Gegnern der Sozialdemokratie und der Republik gedient. In der politischen Situation befinden, die Kommunisten, die bis zum heutigen Tage nur das eine Ziel kennen, über die Zerstückelung der Sozialdemokratie die Republik zu führen, zu positiver Staatsarbeit zu erziehen, hat diese Parteiführung die sozialdemokratische Partei Sachsens auseinandergerissen.“

Die Fraktionsmehrheit kann diesen Weg nicht mitgehen, sie ist in klarer Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse Ende 1923 in die gegenwärtige Situation mit Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen und hat in ihr mit bestem Erfolge für die sozialdemokratische Anhängerschaft Sachsens gewirkt. Sie wird als alte Sozialdemokratische Partei in den letzten Jahren erprobt, zum Vorteil des Volkes sich auszeichnender Kurse positiver Staatsarbeit weiterbetreiben.“

Abg. Niebmann (L-Soz.) erklärte, was der Abg. Wirth schon verlesen habe, habe er nicht verlesen im Namen der Sozialdemokratischen Partei, sondern im Namen der Ausschlossenen. (Heiterkeit.) Wir sind heute noch rechtgläubige Mitglieder der SPD, die anderen können sich nur als „Partei der Ausschlossenen“ bezeichnen. Wir werden später eine Gegenerklärung abgeben.

Abg. Wätcher (K-Soz.) bezeichnete die soeben gelesene Erklärung als von weitestgehender Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterpartei: sie bedeute die vollkommene Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion. Diese Erklärungen könnten nicht ohne Rücksicht auf die Sozialisten in Sachsen bleiben. Seine Partei verlange deshalb einen Volksentscheid über Auflösung des Landtages und sofortige Besprechung der Erklärungen.

Abg. Bethke (R-Soz.) meinte, es sei ein sehr billiges Unterliegen, durch einfachen Beschluß jemand in der Partei mundtot zu machen. Die Mitglieder der 23 waren bereits im Vorjahre ausgeschlossen, aber die Gesamtpartei hat schließlich die Politik der 23 gebilligt. Rechten Landes entscheidet nicht ein kleiner Bruchteil der Partei, sondern Wahlen, und diesen sehen wir mit aller Ruhe entgegen.

Die Reichstagsung der Deutschen Windthorstbunde

findet dieses Jahr in Westfalen statt. Der Kursus in Soest, die Reichstagsung selbst in Medlinghausen. Tagungszeit: 28. Juli bis 1. August. Tagesplan und sonstige Mitteilungen werden noch bekanntgegeben.

Der Landesparteitag des sächsischen Zentrums

findet, wie bereits mehrfach angekündigt, am 25. April statt. Die Verhandlungen beginnen mittags 12 Uhr im Speisesaal des Bahnhofs Dresden-Neustadt. — Der geschäftsführende Ausschuß hält vorher um 11 Uhr im Herrenzimmer dieses Bahnhofs eine Sitzung ab.

Tagesordnung: 1. Reichspolitik (Ref. Reichstagsabg. Dr. Krone, Berlin); 2. Landespolitik (Ref. Regierungsrat A. D. Dr. Fügler, Dresden); 3. Rassenbericht; 4. Neuwahl des Landesvorstandes; 5. Verschiedenes.

Mit Rücksicht auf die außerordentlich wichtigen Fragen, die der Parteitag zu erörtern haben wird, ist es unbedingt notwendig, daß alle Parteimitglieder gut vertreten sind.

Tagesneuigkeiten

Die gescheiterte Studenten-Internationale

Stuttgart, 16. April. Die Verhandlungen zwischen der Confederation international des étudiants und der Deutschen Studentenschaft, die den Zweck hatten, das 1924 in Warschau abgeschlossene Arbeitsabkommen auszubauen, sind am Donnerstagabend gescheitert. Die Arbeitsgemeinschaft ist damit als aufgelöst zu betrachten, und die Deutsche Studentenschaft hat mitgeteilt, solange nicht in den Satzungen der Confederation international des étudiants die Gleichberechtigung der deutschen mit der englischen und französischen Sprache aufgenommen ist, nicht in der Lage zu sein, mit ihr weiter zu arbeiten.

† Aufklärung des Mordes in Rodendorf. Es ist gelungen, den Mordfall an der Bauernfamilie Döllmer in Rodendorf im Elsaßlande, dem bis jetzt vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, während noch zwei weitere Schwerverletzte mit dem Tode ringen, aufzuklären und den Mörder zu verhaften. Es ist ein 27jähriger Soldat Sandner, der in der Tschechoslowakei dient und sich zur Zeit des Mordes auf Osterurlaub in seiner Heimat befand. Sandner ist wiederholt wegen Diebstahls und verschiedener Gewalttätigkeiten verurteilt. Bei seiner Verhaftung fand man bei ihm noch einen größeren Geldbetrag.

† Ein Kofferüber verhaftet. Aus Bodenbach a. E. wird gemeldet: Mehrfach schon waren in der Bodenbacher Linie Verurteilungen von Postsendungen bemerkt worden. Jetzt konnte der für einen deutschen entlassenen Beamten angestellte tschechische Postdiener Franz Lutovsky aus Labor als ein Kofferüber ermittelt werden. Er mußte sofort aus dem Dienste scheiden. Er hatte wiederholt Postsendungen geöffnet und beraubt. In seiner Wohnung fand man ein ganzes Lager gestürbter Gegenstände. — Im Zusammenhang mit diesem Vorfall darf immer

Der kommunistische Antrag auf Besprechung der Erklärungen wurde abgelehnt.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Ueber das Kapitel Kunstgewerbe berichtete ausführlich Abg. Frau Böttner (R-Soz.). Sie beantragte die Bewilligung der eingestellten Summen und außerdem von 17 638 Mark zur Deckung des Fehlbetrages beim Leipziger Konservatorium und von 5000 Mark für weiteren Staatszuschuß von 1928, ferner von 5000 Mark für die Volkshörsaalbewegung Sachsens, von 15 000 Mark Darlehen zur Unterstützung notleidender Künstler und von 95 000 Mark als vergütliches Darlehen an den Zweckverband Sächsische Landesbühne. — Abg. Dr. Schmincke (K-Soz.) lehnte namens seiner Freunde die außerhalb des Etats vorgeschlagenen Bewilligungen ab. — Abg. Frau Dr. Herwig-Bänger (D-Soz.) trat für Annahme der Ausschlußanträge ein. — Abg. Claus (Dnat.) erklärte, daß seine Partei gegen die 5000 Mark für die Volkshörsaalbewegung stimmen werde. —

Ohne Aussprache fanden Kapitel 44, Eichwesen, und Kapitel 45, Statistisches Landesamt, einstimmig Annahme.

Gemeinsam beraten wurden Kapitel 71, Volks- und Fortbildungs-(berufs-)schulen, Kapitel 65, Pädagogisches Institut zu Leipzig, und ein Antrag Siebert (Dnat.), verschiedene Schulfragen betreffend. Abg. Claus (Dem.) erstattete einen längeren Bericht über Kapitel 71 und empfiehlt Annahme der bekannten Anträge der Ausschlußmehrheit. Abg. Siebert (Dnat.) beantragte namens des Ausschusses Einbringung einer Vorlage, die folgende Maßnahmen enthalten solle: Zur Förderung des inneren Unterrichtsbetriebes ist ein verbindlicher Lehrplan für den Unterricht aufzustellen; für jede Volkshochschule mit mehr als 6 Lehrkräften unter maßvoller Wahrung des Selbstverwaltungsprinzips das staatliche Amt eines verantwortlichen, aufsichtsberechtigten Schulleiters wieder einzurichten, die Entlastung der Bezirksschulräte von anderer Verwaltungsarbeit herbeizuführen und zur Hebung der Schulqualität die Möglichkeit der Anwendung körperlicher Züchtigung als letzten Strafmittels ins Auge zu fassen; ferner zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse den Ausbau der schulärztlichen Ueberwachung der Schüler.

Abg. Wätcher (L-Soz.) trat für die Minderheitsanträge zu Kapitel 71 ein: 1,5 Millionen Reichsmark an bedürftige Schulbesitzer zum Zwecke von Schulbauten, den Bezirksschulräten Verwaltungsbeamte beizugeben und Abschaffung der Pflichtstundenzahl für die Lehrkräfte vom 40. Jahre an.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser erklärte, das Ministerium stehe auf dem Standpunkte, daß die Volkshochschullehrerschaft das Referat für die Berufsschulen bleiben müsse. Eine Herabminderung der Pflichtstundenzahl werde in der jetzigen Zeit nicht möglich sein. Die Frage der Schaffung neuer Bezirksschulräten stehe im engen Zusammenhange damit, ob das Schulaufsichtsgesetz noch in diesem Landtage zur Verabschiedung kommt. Sollte das nicht möglich sein, dann werde man dem Ansturm auf Wiedererrichtung des Schuldirektorats nicht widerstehen können. Die Bearbeitung eines Landeslehrplanes sei im Gange, und er hoffe, daß er 1927 eingeführt werden könne. Die Schule gehöre keiner Partei, sondern der Allgemeinheit des Volkes. Er habe noch nichts getan, um die Lehrer in ihrer Meinungsfreiheit zu befreien. 90 Prozent der Eltern wünschten die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht. Diesem Verlangen müßte doch nachgegeben werden. Jeder Fall von Schulprügeln werde von der Schulverwaltung verfolgt. Die Zeit für eine grundlegende Umwälzung einer Kulturpolitik ist nicht da, und es wäre vermessend, wenn ein Parlament sich anmaßen wollte, unsere deutsche Kultur mit einem Schloge vollständig umzuändern; man müßte es dann machen wie in Sowjetrußland.

Nachdem noch Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten zu Worte gekommen waren, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 20. April, nachmittags 1 Uhr statt.

wieder auf die so arg desolaten Zustände bei der tschechoslowakischen Post, bestehend in Unsicherheit, Unpünktlichkeit, Langsamkeit usw. verwiesen werden. Daß es sich durchaus nicht um deutsche Klagen handelt, wird damit bewiesen, daß in letzter Zeit auch tschechische Blätter über den Vorfall des tschechischen Postwesens klagen. Dieser Vorfall aber ist erst, das muß immer wieder gesagt werden, eingetreten, seitdem Tausende erprobte deutsche Beamte auf die Straße gesetzt und dafür ungequalifizierte tschechisches Personal eingestellt wurde.

Berliner Vorbörse

Berlin, 16. April. Der heutige norddeutsche Fremdenverkehr verlief wiederum in ausgesprochenen Lustlosigkeit. Infolge dieses bielten sich die Umsätze in engen Grenzen. Die Grundstimmung scheint aber doch freundlich zu sein. Bemerkenswert ist, daß das Publikum augenblicklich jedes Interesse verloren hat. Der offene Geldmarkt liegt unverändert. Tagesgeld ist mit 4—5 Prozent und darunter zu erhalten. Am internationalen Devisenmarkt sind außer einer neuen Abschwächung des französischen Franken bemerkenswerte Veränderungen nicht eingetreten.

Wetterbericht der Dresdener Wetterwarte

Witterungsaussichten: Wechselnd bewölkt. Aufkommende Neigung zu Stürmen gewittriger Art (Strichregen). Temperaturen etwas zurückgehend, zunächst aber immer noch sehr mild. Flachland schwache bis mäßige, höhere Lagen etwas lebhaftere Winde aus Süd und Südwest. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Zur Unbeständigkeit neigend. Temperaturen zurückgehend, jedoch noch ziemlich mild.

ORONOSO:

Ein ausgezeichnete roter silberwein zur Erquickung und Erfrischung für geistige Arbeiter und Sportsleute. Bin Labsal für Kranke. Besonders für Blutarmer und Schwache ist der Oronoso-Wein sehr zu empfehlen. Neben und mit dem einzigartigen Wohlgeschmack verbindet sich seine gute Wirkung. Jung und alt weiß den Wein zu schätzen. Gleichviel, ob täglich die Wirkung gewünscht wird, oder ob periodisch, oder zur Kur.

Ist es nötig, Ihnen zu sagen, wer Ihnen etwas anderes aufredet, will nur seinen eigenen Vorteilen dienen.

C. Spielhagen, Großweinhandlung

Annensstraße 9 Innm. Bautzner Straße 9 Galeriestraße 6

Für Familienfeste billige gute Weiß-, Rot- und Süßweine ausgemessen vom Faß in Korbfässchen

kath... Unter... fremdsprachig... gefeiert, das... geschmückt... Platte er... sollen alle... werden, un... halten. W... schulbet... Das... gemein, st... zum Ausb... traugiger... Denkmäl... eigen, unfe... zu geben;... tige Crim... Treue und... verborgene... am liebste... digsten geb... für den F... bringen in... nicht ganz... maß der F... stehen, sin... Welt nach... uns, in un... Welt. Un... schaffen, et... schen, die... Kinder Ge... Frieden w... nicht schon... von den W... Plage hat... heute vor... genug an... unferer ar... durch ein... Willen der... Daru... die uns in... der Berge... und ihre... ihren Stan... indem wir... Jede... Friedens... Eine solch... wir unfer... gedenken... von Gesch... schließlich... die Welt i... freudlose... Der... ist im De... die früher... Nachkrieg... recht frau... für die S... werden, in... Volk gem... können... ein Gott... ist, viel... Es... 0.50 Mar... Si... gr... De... Ahnte I... mir fin... diese 3... Sommer... sein mo... anzufüh... Ja... daß all... nicht all... anzupre... paßt a... berecht... nach de... ebenfo... der par... bunt is... und F... Borran... Pastell... diese 3... darbiet... Harbo...